

Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung in Marburg

Schon mal MitgeMacht?

Griet Newiger-Addy

Immer mehr bundesdeutsche Kommunen machen sich auf den Weg, um die Grundsätze ihrer Bürgerbeteiligung neu zu gestalten und innovative Praxisformen zu erproben. Partizipation wird immer mehr eingefordert und ist häufig verbunden mit hohen Erwartungen auf Seiten der Politik und der Bürgerinnen und Bürger. Beteiligung soll dabei nicht nur die Mitwirkung von Einwohnerinnen und Einwohnern bei kommunalen Planungen absichern und die Kommunikation dazu verbessern. Sie soll auch den demokratischen Zusammenhalt in der Kommune stärken und – vor dem Hintergrund einer schwindenden Wahlbeteiligung und einer zunehmenden Entfremdung von Teilen der Bevölkerung vom politischen System – diejenigen stärker an der Meinungsfindung beteiligen, die häufig in kommunalpolitischen Diskussionen außen vor bleiben.

Dies war auch das wichtigste Motiv in Marburg für die Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung. »Es gilt die zu hören, die sich noch nicht so laut melden«, erklärte der Oberbürgermeister zu Beginn des Prozesses. »Was wir brauchen, ist noch mehr Beteiligung in Marburg aus unterschiedlichen Perspektiven: Junge und Jugendliche, Familien, Frauen, Studierende, Menschen mit Einwanderungsgeschichte, Menschen, denen lange Sitzungen nicht so liegen, Menschen, die sich im Stich gelassen fühlen, Menschen, die sozial benachteiligt sind. Bürgerbeteiligung bedeutet, alle Menschen ernst zu nehmen und einzubeziehen.«

Wenn auch einige Vorreiterkommunen in Deutschland wegweisende neue Ansätze und Verfahren zur Bürgerbeteiligung entwickelt haben, ist Bürgerbeteiligung immer noch ein Experimentierfeld und ein Lernprozess. Trotz einer Fülle wissenschaftlicher Begleitforschungen, Leitfäden und Ratgeber sind Erfahrungswissen und -austausch oft wichtiger als Erkenntnisse aus dem Lehrbuch.

Der folgende Beitrag beschreibt, wie die Universitätsstadt Marburg in den vergangenen zwei Jahren konkret bei der Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung vorgegangen ist. Die Entwicklung des Konzepts zur Beteiligung der Bürger/innen wurde dabei auch dafür genutzt, um weitere Erfahrungen zu sammeln und an der Praxis zu lernen. Daher konzentriert sich der Beitrag auf die Darstellung der »Lessons Learned« des Prozesses (1).

Lange Tradition der Beteiligung in Marburg

In der Universitätsstadt Marburg hat die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Stadtpolitik eine lange Geschichte. Seit vielen Jahren werden vielfältige und über gesetzliche Vorgaben weit hinausgehende Formen der Beteiligung genutzt. Dies entspricht der offenen demokratischen Tradition der Stadt.

Derzeit betreut und begleitet die Verwaltung ungefähr 40 Beteiligungsformate. Dies ergab eine Bestandsaufnahme, die im Zuge der Erarbeitung des Beteiligungskonzepts durchgeführt wurde. Es gibt stark formalisierte Formen wie regelmäßig tagende Beiräte oder das Kinder- und Jugendparlament

ebenso wie zeitlich befristete Verfahren zu städtischen Planungen. Zudem existieren zahlreiche Netzwerke und Arbeitskreise, bei denen Politik, Verwaltung und Einwohner/innen verknüpft an einem Thema arbeiten.

Die Mitsprachemöglichkeiten, die diese Formate Marburgerinnen und Marburgern eröffnen, sind unterschiedlich und reichen von informeller Mitwirkung bis zu formalisierten Rede- und Antragsrechten in der Stadtverordnetenversammlung oder einer Eigenverantwortung für ein Budget. Bei der überwiegenden Zahl dieser Beteiligungsformen handelt es sich um freiwillige Formate. Mit anderen Worten: Die Verwaltung ist zur Durchführung dieser Beteiligungsformen nicht verpflichtet. Sie betreibt diesen hohen Aufwand dennoch, um mit den Marburgerinnen und Marburgern in einen Dialog zu treten und die Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu verbessern.

Ergänzt werden diese Ansätze durch vielfältige Informationsformate im Rahmen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie zahlreiche Rückmeldemöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger, z.B. über Facebook, einen Mängelmelder oder einen Barrierenmelder, aber auch durch die umfassende direkte Kommunikation zwischen Einwohner/innen und den einzelnen Fachdiensten.

Ziele des Beteiligungskonzepts

Im Herbst 2016 beschloss die Stadtverordnetenversammlung auf Initiative des Oberbürgermeisters eine Startervorlage für die Erarbeitung eines Konzepts zur Bürgerbeteiligung. Warum wurde dieser Schritt trotz der vielfältigen existierenden Beteiligungsformen für notwendig gehalten?

Das wichtigste Ziel dieser Initiative war es, die demokratische Qualität von Beteiligung weiter zu verbessern. Noch mehr und noch unterschiedlichere Marburgerinnen und Marburger sollen an der Diskussion stadtpolitischer Belange mitwirken. Beteiligung soll nicht nur einer kleinen Gruppe gut informierter Einwohner/innen möglich sein, sondern möglichst alle Bevölkerungsgruppen in der Stadt tatsächlich einbeziehen.

Zudem sollten die vorhandenen Formate systematisiert und digitale Formen und moderne Kommunikationsmöglichkeiten in Beteiligungsverfahren integriert werden. Aus der Stadtgesellschaft wurde zudem angeregt, neue Ansätze der Bürgerbeteiligung in anderen Kommunen zu prüfen und in Marburg einzuführen.

Die Startervorlage sah vor, die Erarbeitung des Konzepts wissenschaftlich begleiten zu lassen (2).

Mitte 2018 lag der Entwurf für ein Konzept zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger vor und wurde im September 2018 von der Stadtverordnetenversammlung mit breiter Zustimmung verabschiedet. Das Konzept enthält ein Leitbild, Ziele und Unterziele sowie 25 Maßnahmen und Instrumente zu deren Umsetzung. Die Maßnahmen umfassen u.a. die Einführung einer Vorhabenliste, eines Beteiligungsbeirates und einer Online-Beteiligungsplattform. Es finden sich aber auch Instrumente wie Fortbildungen zu verständlicher Sprache, Ausbau von Vorortdialogen und eine stärkere Nutzung der Zufallsauswahl. Das Konzept beinhaltet außerdem jeweils ein Kapitel zu der Sichtweise der Bürger/innen, der Politik und der Verwaltung auf das Thema Bürgerbeteiligung. Dass bei der Bürgerbeteiligung verschiedene Perspektiven in einem Dialog zusammenkommen, sollte von Anfang an deutlich werden.

Wie wurde bei der Erarbeitung des Konzepts praktisch vorgegangen? Welche Überlegungen standen hinter den einzelnen Prozessschritten? Welche Erfolgsfaktoren lassen sich benennen?

Partizipative Erarbeitung

Die Erarbeitung des Konzepts wurde von Anfang an als Beteiligungsprozess organisiert. Insgesamt beteiligten sich neben Mitarbeitenden der Verwaltung und Stadtverordneten ungefähr 300 Marburgerinnen und Marburger an den Diskussionen.

Der Prozess begann mit einer öffentlichen Auftaktveranstaltung Ende April 2017, die in der Öffentlichkeit umfassend beworben wurde. Unter anderem wurden 1000 Marburger/innen per Zufallsauswahl zu einer Teilnahme eingeladen. Rund 200 Einwohner/innen beteiligten sich an der Veranstaltung und erarbeiteten in World-Café- und Fokusgruppen Ideen und Vorschläge zu der zentralen Frage der Veranstaltung: »Was brauchen wir für eine gute Beteiligung in Marburg?« Die Ideen und Vorschläge wurden gesammelt sowie thematisch sortiert und geclustert. Daraus ergaben sich das Leitbild und die allgemeinen Ziele des Konzepts.

Konkrete Vorschläge der Auftaktveranstaltung wurden in vier öffentlich tagenden thematischen Arbeitsgruppen von Juni 2017 bis November 2017 weiter diskutiert und ausgearbeitet. Die Arbeitsgruppen befassten sich mit folgenden Themen: Beteiligung auf Stadtteilebene, Beteiligung an der städtischen Planung im Bereich Planen, Bauen, Umwelt, digitale Beteiligung sowie Inklusion und Vielfalt.

Im Anschluss daran wurde eine Koordinierungsgruppe aus Einwohner/innen, Stadtverordneten, dem Oberbürgermeister, den Leiterinnen der Fachbereiche Zentrale Dienste und Zivilgesellschaft/Migration/Kultur der Stadtverwaltung sowie der wissenschaftlichen Begleitung gebildet (insgesamt 22 Mitglieder). Die Einwohner/innen stammten überwiegend aus der Gruppe derjenigen, die für die Auftaktveranstaltung per Zufallsauswahl eingeladen worden waren. Vertreten waren auch das Kinder- und Jugendparlament und der Ausländerbeirat sowie eine Vertreterin der Gemeinwesenprojekte. In insgesamt neun Sitzungen beriet die Koordinierungsgruppe bis Juni 2018 die Vorschläge der Arbeitsgruppen, prüfte sie auf ihre Umsetzbarkeit und stimmte die Maßnahmen aufeinander ab. An einem Teil der Sitzungen nahmen auch thematisch zuständige weitere Führungskräfte der Verwaltung sowie die Sprecher/innen der Arbeitsgruppen teil.

Insgesamt war die Organisation dieses Verfahrens sehr aufwendig und zeitintensiv. Es wurde auch deutlich, dass sich überwiegend Bürgerinnen und Bürger beteiligten, die schon über Vorerfahrungen in Beteiligungsprozessen verfügten. Die lag sicherlich auch an dem vergleichsweise hohen Abstraktionsgrad der Diskussion. Es ging um neue Verfahren und Strukturen, nicht um konkrete Anliegen Einzelner.

Rückblickend hat sich der Aufwand dennoch gelohnt. Von Anfang an wurde die Sicht der Einwohnerinnen und Einwohner einbezogen und alle relevanten thematischen Aspekte unterschiedlicher Gruppen kamen auf die Tagesordnung. Das Konzept wurde im Dialog erarbeitet und war auch dadurch überzeugend. Besonders bereichernd waren dabei die Beiträge der per Zufallsauswahl ausgewählten Marburgerinnen und Marburger, die frische Ideen einbrachten und die manchmal eingefahrenen Diskussionsgewohnheiten der »erfahrenen Teilnehmenden« konstruktiv in Frage stellten.

Glaubwürdige politische Führung

Bürgerbeteiligung ist in einer Kommune besonders dann erfolgreich, wenn es Schritt für Schritt gelingt, eine »Kultur der Beteiligung« zu schaffen. Dazu gehören ein grundsätzliches Vertrauensverhältnis zwischen Politik, Bürger/innen, Verwaltung ebenso wie praktizierte Offenheit und Wertschätzung in den Verfahren. Weitere Elemente sind Dialog- und Kompromissfähigkeit und die Bereitschaft aller, sich auf Beteiligungsprozesse einzulassen und dabei Verantwortung zu übernehmen. Die Mitarbeitenden in der Verwaltung müssen sich zudem auf geänderte Abläufe einlassen und Mehrarbeit in Kauf nehmen.

Um diesen Veränderungsprozess anzuschieben und in Bewegung zu halten, ist die kontinuierliche Unterstützung der politischen Verwaltungsspitze unerlässlich. Für den Oberbürgermeister war das Thema Bürgerbeteiligung eines der zentralen Themen, mit denen er sein Amt angetreten ist. Er hat trotz des hohen Zeitaufwandes den gesamten Prozess begleitet und Impulse gesetzt. Dies war auch deshalb wichtig, weil Beteiligungsprozesse zuweilen Fallstricke enthalten und sich schnelle Erfolge nicht immer gleich einstellen. Umso wichtiger ist es, dass die politische Führung die Herausforderungen kennt und eindeutige Botschaften sendet sowohl innerhalb der Verwaltung als auch nach außen in die Stadtgesellschaft hinein. Nur so wird Bürgerbeteiligung glaubwürdig und schafft einen Mehrwert für die demokratische Kultur, der über ein gelungenes Veranstaltungsmanagement und gute Kommunikation hinausgeht.

Beteiligungsinstrumente erproben

Parallel zur Erstellung des Konzepts wurden zwei Pilotprojekte umgesetzt, um weitere Erfahrungen mit einzelnen Beteiligungsinstrumenten zu sammeln und in die Erarbeitung des Konzepts einfließen zu lassen.

Von Juni 2017 bis April 2018 wurde probeweise eine Einwohnerfragestunde jeweils eine halbe Stunde vor jeder Sitzung der Stadtverordnetenversammlung eingeführt. Die Erfahrungen mit diesem Instrument wurden durch eine Befragung der beteiligten Einwohner/innen sowie den Stadtverordneten und der für die Beantwortung der Fragen verantwortlichen Mitarbeitenden in der Verwaltung ausgewertet.

Im Ergebnis zeigte sich, dass sich an der Einwohnerfragestunde nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Marburgerinnen und Marburger beteiligte – diese aber zum Teil mehrfach. Gleichzeitig entstand für die Verwaltung ein erheblicher Arbeitsaufwand, der innerhalb kurzer Fristen bewältigt werden musste. Es wurde deutlich, dass mit diesem Instrument keine Breitenwirkung erzielt wurde, sondern vor allem diejenigen Einwohner/innen, die sich sowieso beteiligen, eine weitere Plattform erhielten. In dem Konzept wurde daher die Einwohnerfragestunde in eine noch zu schaffende allgemeine Anlaufstelle für Einwohner/innen integriert. Gleichzeitig führte diese Erfahrung dazu, bei der weiteren Konzeptentwicklung das Hauptaugenmerk nicht in erster Linie auf die Schaffung neuer rechtlicher Beteiligungsinstrumente zu richten.

Sehr gewinnbringend waren dagegen die Erfahrungen mit der Durchführung einer stadtweiten Befragung, die die Stadtverwaltung im Herbst 2017 durchführte (3). An dieser Befragung beteiligten sich ca. 2500 Marburgerinnen und Marburger. Gefragt wurde u.a. nach unterschiedlichen Aspekten der Le-

bensqualität in Marburg sowie der Bedeutung verschiedener städtischer Aufgabenbereiche für die Marburgerinnen und Marburger. Die große Resonanz auf die Umfrage machte deutlich, dass es sich bei der Befragung um ein wichtiges Instrument der Beteiligung handelt, welches die Stadtverwaltung in Zukunft in unterschiedlicher Weise regelmäßig nutzen wird.

Ertragreich war die Umfrage auch mit Blick auf die Ergebnisse zum Thema Bürgerbeteiligung. So fragten wir unter anderem nach den bevorzugten Wegen der Ansprache und der Beteiligung. Am häufigsten wünschten sich die Befragten anonyme Befragungen als Beteiligungsmöglichkeit. Dieses Ergebnis unterstreicht die Bedeutung der stadtweiten Umfrage als sinnvolles Instrument der Beteiligung. Einen hohen Stellenwert hatte bei den Befragten auch das eigene freiwillige Engagement, unabhängig von der jeweiligen Altersgruppe.

Bei den weiteren Beteiligungsformen spielte das Alter der Befragten dagegen eine wichtige Rolle. So stehen bei den 14- bis 20-jährigen Befragten gesellige Aktivitäten und soziale Medien an vorderer Stelle. Bei den 21- bis 30-jährigen Befragten haben zudem Online-Plattformen einen hohen Stellenwert. Die 31- bis 60-jährigen Befragten finden dagegen neben Online-Plattformen öffentliche Versammlungen wichtig, wobei die 41- bis 60-jährigen Befragten auch städtische Arbeitsgruppen bevorzugen. Diejenigen Befragten, die über 61 Jahre alt sind, möchten dagegen nicht in erster Linie durch Online-Plattformen angesprochen werden, sondern auf den klassischen Wegen über Versammlungen und Arbeitsgruppen.

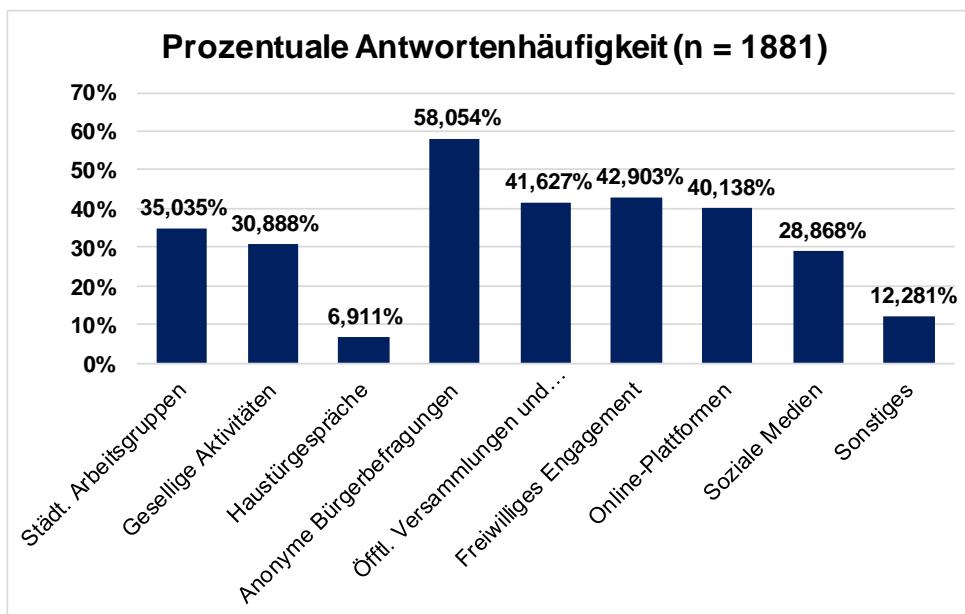


Abb. 1: Antworten auf die Frage: »Wie möchten Sie sich an stadtpolitischen Angelegenheiten beteiligen?«; © eigene Darstellung



Insgesamt hat sich eine »Versuch / Irrtum-Methode« bei der Konzepterstellung bewährt. Dies liegt auch daran, dass Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene insgesamt ein noch junges Aufgabenfeld darstellt. Strukturen werden erst seit wenigen Jahren aufgebaut, Verfahren und Instrumente werden häufig auf der Basis von konkreten Erfahrungen weiterentwickelt. Daher schien es uns wichtig, Lernerfahrungen so früh wie möglich in unseren Prozess zu integrieren und Flexibilität zu gewährleisten, um Korrekturen zu ermöglichen. So wurden bei der Einwohnerfragestunde Rückmeldungen der Bürger/innen eingeholt und eine Online-Befragung der Stadtverordneten sowie der mit der Beantwortung der Fragen befassten Mitarbeiter/innen der Verwaltung angewandt (Nachzulesen unter: <https://www.marburg.de/politik-stadtgesellschaft/marburg-auf-einen-blick/beteiligen-und-mitwirken/einwohnerfragestunde/>).

Der Erfahrungsaustausch mit anderen Städten, die in der praktischen Umsetzung schon weiter fortgeschritten sind, spielte ebenfalls eine zentrale Rolle in diesem Lernprozess. Die Bereitschaft von Verantwortlichen in anderen Kommunen wie Darmstadt, Heidelberg, Kiel und dem Landkreis Marburg-Biedenkopf, ihre Erfahrungen weiterzugeben, war sehr wertvoll. Gleiches gilt für das von der Stiftung Mitarbeit organisierte »[Netzwerk kommunale Partizipationsbeauftragte](#)« und die vom Deutschen Institut für Urbanistik organisierten Erfahrungsaustausche.

Lernen an der Praxis

Neben der eher theoretischen Arbeit an dem Konzept wollten wir parallel auch die praktische Anwendung der im Beteiligungskonzept diskutierten Qualitätsmerkmale für Bürgerbeteiligung erproben, und zwar möglichst an einem realen Teilnahmeverfahren. Dafür wurde in Absprache mit dem Leiter des Fachdienstes Stadtplanung und Denkmalschutz der Teilnahmeprozess zum Wohnungsneubau im Marburger Westen ausgewählt (4).

Im Rahmen dieses Prozesses sammelten Politik, Verwaltung und Bürger/innen zu zahlreichen Aspekten des Konzepts Erfahrungen, z.B. zur Frage der Frühzeitigkeit der Beteiligung, zur Rolle der externen Moderation, zu geeigneten Anspracheformen wie Stadtteilspaziergängen, zur Einbeziehung von Akteuren vor Ort bei der Prozessplanung, zum Arbeitsaufwand und vielem mehr. Elemente des Konzepts wurden so aus der Sphäre der Theorie in die praktische Umsetzung geführt und damit lebendig und überprüfbar. Zudem wurde durch einen Workshop die verwaltungsinterne Reflexion ermöglicht. Dabei war es wichtig, auch kritischen Fragen und Haltungen Raum zu geben und diese zu diskutieren.

Begrenzte Ressourcen der Verwaltung ernst nehmen

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Rolle der Verwaltung geändert. Verwaltung führt nicht nur politische Vorgaben nach gesetzlichen Vorschriften und fachlichen Vorgaben aus, sondern muss sich zunehmend der Aufgabe stellen, ihre Planungen und Anordnungen der Öffentlichkeit zu vermitteln und zu diskutieren. Aus dieser Rolle einer »verhandelnden Verwaltung« erwachsen insgesamt neue Aufgaben und Anforderungen.

Zudem sind Vorgaben durch Leitlinien oder Konzepte zur Bürgerbeteiligung in der Regel zunächst mit einem Mehraufwand für die Mitarbeitenden in der Verwaltung verbunden, insbesondere in der Phase der Einführung. Mittelfristig besteht die Erwartung, dass sich die Mehrkosten einer nach Leitlinien oder ähnlichem geregelten Beteiligung ausgleichen, z.B. durch transparentere Prozessabläufe oder weniger Bürgerentscheide aufgrund konfliktregelnder Mechanismen im Vorfeld.

Zunächst ist es jedoch ressourcenaufwendig, Workshops für Bürger/innen zu organisieren, weitere Abstimmungsschleifen einzubauen, die Öffentlichkeitsarbeit zu verstärken, Beteiligungsergebnisse zu prüfen und – wenn möglich – umzusetzen oder sich zu neuen Beteiligungsmethoden weiterzubilden. Selbstverständlich schätzen die Mitarbeitenden aufwendige Beteiligungsformen aufgrund der Ergebnisse, die sie erbringen können und der qualitativ guten Kommunikation mit den Bürger/innen. Sie sind dennoch zeit- und ressourcenintensiv. Aus Sicht der Verwaltung ist daher eine klare Definition erforderlich, in welchem Ausmaß die Verwaltung Bürgerbeteiligung mit den vorhandenen Ressourcen anbieten kann und welche Grenzen bestehen.

Die Schlussfolgerung für das Beteiligungskonzept bestand zum einen darin, nach der Erstellung des Konzepts eine Kostenschätzung hinsichtlich der Mittel für die Umsetzung vorzunehmen und diese in die Vorlage für die Stadtverordnetenversammlung aufzunehmen. Zum anderen ist die mit der Umsetzung des Konzepts beauftragte »Koordinierungsstelle Bürger/innenbeteiligung« bestrebt, in der Anfangsphase der Umsetzung bestimmte Serviceleistungen (z.B. Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsorganisation für die beteiligten Fachdienste) zu übernehmen und durch diese Unterstützung die Mehrbelastung zumindest teilweise abzufedern.

Politische Mandatsträger/innen einbeziehen

Bürgerbeteiligung zielt darauf ab, den Dialog zwischen Einwohner/innen, Politik und Verwaltung zu stärken und eröffnet Beteiligungswege zusätzlich zu den repräsentativen Formen der politischen Willensbildung. Für die gewählten Stadtverordneten und Mitglieder der Ortsbeiräte stellt dies eine Herausforderung dar, weil sich ihre Rolle in dem Kräfterdreieck Bürger/innen, Verwaltung und Politik verändern kann, wenn Bürgerbeteiligung gelingt.

Daher waren in der Koordinierungsgruppe, die das Konzept zusammenfügte, Stadtverordnete aller Fraktionen vertreten, die so an dem Prozess der Konzepterstellung von Anfang an beteiligt waren. Zudem wurde ein Sondertreffen zur Rolle der Politik in dem künftigen Konzept organisiert, an dem die Vorsitzenden der Fraktionen teilnahmen.

Dadurch konnten die Chancen, die sich durch die Bürgerbeteiligung für politische Mandatsträger/innen eröffnen, stärker herausgearbeitet werden. Bürgerbeteiligung kann dabei helfen, Politikverdrossenheit und Ohnmachtsgefühlen bei Wählerinnen und Wählern entgegenzuwirken. Zudem verbessert Bürgerbeteiligung politische Entscheidungsergebnisse, wenn Interessen und Bedürfnisse unterschiedlicher Gruppen angehört und einbezogen werden und gibt der Politik eine Orientierungshilfe bei umstrittenen politischen Entscheidungen. Sie zielt darauf ab, kontroverse Themen, die häufig emotional besetzt sind, sachlich und faktenorientiert zu diskutieren. Damit erleichtert sie die Arbeit ehrenamtlicher Politik. Schließlich fördert Bürgerbeteiligung die frühzeitige und transparente Information im Vorfeld politischer

Entscheidungen. Davon profitieren auch Stadtverordnete. Allerdings müssen bei der Einbeziehung der Politik in Beteiligungsprozesse die begrenzten zeitlichen Ressourcen, die Stadtverordnete für ihre ehrenamtliche Mitarbeit haben, unbedingt berücksichtigt werden.

Herausforderungen der Umsetzung

Nach der Verabschiedung des Konzepts besteht nun seit einem halben Jahr das Hauptgeschäft der »Koordinierungsstelle Bürger/innenbeteiligung« in der Umsetzung. Dabei zeichnet sich ab, dass eine erfolgreiche Bürgerbeteiligung weit über das eigentliche Kernanliegen hinaus Wirkungen in kommunalen Entscheidungsprozessen entfalten kann, z.B. dadurch, dass Prozessabläufe insgesamt klarer, kooperativer, aber auch offener gestaltet werden müssen. Eine wichtige Herausforderung ist zudem das Erwartungsmanagement im Hinblick auf die Umsetzung von Ergebnissen erfolgreicher Beteiligungsprozesse.

Auch die Rolle der Bürgerinnen und Bürger in Beteiligungsprozessen tritt deutlicher hervor, was von vielen Bürgerinnen und Bürgern zunächst durchaus kritisch gesehen wird. Denn in der Regel beraten Bürgerinnen und Bürger Politik und Verwaltung, sie treffen keine Entscheidungen. Die Entscheidung liegt weiterhin bei den gewählten politischen Vertretungen, das sind die guten Regeln unseres repräsentativen Systems. Bürgerinnen und Bürger können aber in Beteiligungsprozessen eine starke »diskursive Macht« entfalten, wenn sie viele sind und gute Argumente haben. Den Zugang zu dieser diskursiven, politischen Macht noch stärker als bisher allen Marburgerinnen und Marburgern zu eröffnen, bleibt in Zukunft die wichtigste Aufgabe der »Koordinierungsstelle Bürger/innenbeteiligung«. Wie dies am besten gelingen kann, wird sich in Zukunft erst zeigen. Sicher ist jedoch: Der Lernprozess geht weiter!

Anmerkungen

Der Beitrag erscheint im Juli 2019 in einer etwas anderen Fassung im Sammelband »Kommunale Bürgerbeteiligung in der Praxis«, Akademie für Kommunalpolitik Hessen e.V., Büchner Verlag Marburg.

- (1) Weitere Informationen: www.marburg.de/beteiligung
- (2) Durchgeführt wurde die wissenschaftliche Begleitung durch Prof. Dr. Ursula Birsl, Professorin für Demokratieforschung am Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg, und eine von ihr betreute Gruppe von Studierenden.
- (3) Unterstützt wurde die Stadtverwaltung hierbei von der studentischen Unternehmensberatung Phlink.
- (4) Einzelheiten siehe <https://www.marburg.de/WohnenimWesten>

Autorin

Dr. Griet Newiger-Addy, Leitung »Koordinierungsstelle Bürger*innenbeteiligung« der Universitätsstadt Marburg.

Kontakt

Magistrat der Universitätsstadt Marburg
Koordinierungsstelle Bürger*innenbeteiligung
Rathaus, Markt 1
35037 Marburg
Tel.: 06421 201-1317
E-Mail: beteiligung@marburg-stadt.de

Redaktion eNewsletter

Netzwerk Bürgerbeteiligung
c/o Stiftung Mitarbeit
Redaktion eNewsletter
Ellerstraße 67
53119 Bonn
E-Mail: newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de